



Begegnung am tief verschneiten Hindukusch: in Aliabad, 30 Kilometer südlich von Kundus, reitet ein Afghane an einem deutschen Dingo-Truppentransporter vorbei. Fotos Püschner (3), Marquart (1)

Fast wie im Krieg – Bundeswehr in Afghanistan

## Auf Patrouille ist die Angst an Bord

Das Gefühl von Front ist jetzt schon da: Rund 3000 deutsche Soldaten arbeiten in Afghanistan. Seit den Anschlägen auf die Bundeswehr ist die Unbeschwertheit dahin. Das Lagerleben zehrt an den Nerven.

Von Matthias Marquart, Kundus

Früher waren sie mit leichten Geländewagen unterwegs, um nicht so massiv aufzutreten. Da verteilten sie auf ihren Patrouillen Decken und Hilfsgüter, wo die Not am größten war, und pflegten den lockeren Umgang mit der Bevölkerung. Sie wollten Vertrauen herstellen, Zuversicht und das Gefühl von Normalität verbreiten. Das war vor dem 19. Mai 2007, als bei einem Anschlag auf dem Markt von Kundus drei deutsche Soldaten starben, und es war vor dem 5. Oktober 2007, als es ein Selbstmordattentäter gezielt auf die Bundeswehr abgesehen hatte, sich auf die Motorhaube eines Jeeps warf und es nur dem Zufall zu verdanken war, dass der Mann abrutschte und mit seinem Sprengstoffgürtel im Straßenrand landete. Die Scheiben des Geländewagens barsten, die Insassen wurden verletzt, doch sie überlebten. Seit diesen Vorfällen verlassen nur noch gepanzerte Konvois das Feldlager der Bundeswehr in Kundus, die hier unter dem Namen „Provincial Reconstruction Team“ bekannt ist, das Wiederaufbau-Team der Provinz, abgekürzt PRT. Decken haben die Soldaten immer noch im Gepäck, und ihr Auftrag, für Sicherheit und Ruhe zu sorgen, ist derselbe, aber sie gehen mit höherer Sensibilität dem Dienst nach.

Oberst Rainer Buske, Kommandeur des deutschen Teams in Kundus, sagt, dass sich die Sicherheitslage zunehmend verschärft: „Die Bedrohung hat seit dem Spätsommer 2007 eine neue Qualität, auf die wir uns einstellen müssen.“ Er spricht vom Beschuss mit Handfeuerwaffen, Angriffen mit Panzerfäusten, Sprengfallen und Minen, aber vor allem von Raketen. Immer wieder werden von Unbekannten aus simplen Erdwällen, die den Rückstoß abfedern, Raketen des Typs BM 12 aus russischer oder chinesischer Fertigung abgefeuert. Nur wegen der eisigen Temperaturen von minus 15 Grad ist im Moment Ruhe in Kundus. „Sobald es wärmer wird, werden die Angriffe zunehmen. Wir werden einen heißen Sommer erleben“, glaubt Buske.

### Das Schlimme ist die Ungewissheit

Noch ist es bitterkalt. Am Straßenrand steht ein Mädchen in traditioneller Kleidung, die nicht viel Schutz vor der Kälte bietet. Auf dem Kopf trägt sie Brote, sorgsam eingehüllt in eine Decke, um sie im Schneegestöber trocken zu halten. Ein Schatz, den es zu bewahren gilt. Erschreckt blickt sie in die Kamera. Dann ein Lächeln, als sie auf dem Display, vielleicht das erste Mal in ihrem Leben, ein Foto von sich sieht. Mit dieser Erfahrung und um einige Afghani reicher, macht sie sich rasch davon. „95 Prozent der Bevölkerung stehen uns absolut freundlich gegenüber. Sie sind froh, dass wir da sind

und die Arbeit der Hilfsorganisationen absichern“, sagt Buske. Früher war der 53-jährige Militär im Kosovo tätig, aber was er in Kundus erlebt, das sei kein Vergleich zum Balkan: „Der Auftrag in Afghanistan ist anspruchsvoller und sehr gefährlich.“

Der Hauptgefreite Frank H. (Namen der einfachen Dienstgrade geändert) überprüft sein Maschinengewehr. Er ist Richtschütze auf einem Dingo-Truppentransporter und macht sich bereit für die nächste Ausfahrt. „Die Angst fährt immer mit“, sagt er. Das Schlimmste sei die Ungewissheit darüber, was passieren könnte. „Das geht nicht spurlos an einem vorbei“, meint er, während er die Luke schließt. Konzentriert sichert er den Konvoi nach hinten ab, beobachtet ohne Unterlass die Gegend. Als „Insurgents“, Aufständische, bezeichnen die Soldaten jene Menschen, von denen sie angegriffen werden. Nahezu jede Attacke wird in den westlichen Medien islamistischen Taliban zugeschrieben, aber das sei ein Missverständnis, sagt Oberst Buske: „Tatsächlich sind hier außer den Taliban noch andere Kräfte am Werk: religiös motivierte Täter, politisch motivierte Gruppen und kriminelle Banden.“

### Stumm am Telefon mit der Ehefrau

Offiziell ist die Bundeswehr in Afghanistan nicht im Kampfeinsatz, sie darf sich nur zum Selbstschutz wehren und noch nicht einmal Angreifer verhaften. Das muss die afghanische Armee übernehmen, die auch die Wachposten für den wie eine kleine Kaserne aussehenden Stützpunkt in Kundus stellt. Aber das Bedrohungsgefühl ist ähnlich wie im Krieg. Es belastet, und es ist nicht das Einzige, was den Soldaten zu schaffen macht. Stabsunteroffizier Steffen T. arbeitet beim Tornado-Geschwader im zweiten Bundeswehrstandort, in Mazar-i-Scharif: Man habe hier in den Vierbettzimmern des Containerdorfes keine Rückzugsmöglichkeiten, man schiebe eine Siebentageweche, man sei vier Monate weg von zu Hause: „Privatleben findet hier so gut wie gar nicht statt.“

So teilen die Soldaten zwangsläufig Freud und Leid miteinander. Hier die Geburt eines Kindes, dort die Trennung von der Frau, die am Telefon „Schluss gemacht“ hat. Über das pakistanische Handynetz ist das Telefonieren nach Deutschland möglich, aber es heißt, es werde abgehört, Gespräche über Dienstliches sind verboten: „Ja, was soll ich denn da meiner Frau erzählen“, fragt ein Soldat. „Meist höre ich ihr nur zu.“ Im Kraftraum reagieren sich die Soldaten ab: Videoleinwand, Billardtisch, das Freizeitangebot ist karg. Ein Trost ist der gute Sold, ein Bundeswehrangehöriger, der in Deutschland netto 2500 Euro erhalte, komme in Afghanistan mit Zulagen auf 5500 Euro, heißt es. Allein an Auslandszulage gebe es für einen Oberstleutnant pro Tag 95 Euro. Einige haben auf ihren Computern Rechenprogramme installiert, die jeden Tag den Einkommensstand ermitteln.

Oberfeldwebel Horst G. fürchtet, dass es nach der Rückkehr nach Hause schwierig sein werde, sich im Alltag zurechtzufinden:



Einsatzbesprechung vor einer nächtlichen Patrouille in Kundus



Oberst Buske ist Kommandeur in Kundus. Ein Mädchen in Aliabad trägt Brote auf dem Kopf.



„Das Erlebte kann man nicht verdrängen, aber auch nicht gleich darüber sprechen.“ Da bräuchten die Angehörigen „viel Verständnis“, sonst gebe es Probleme. Während er spricht, rollen zwei Tornado-Aufklärer zur Startbahn. Sekunden später donnern sie los. Ihr Auftrag lautet, Bilder zu schießen. Die Piloten sehen Szenen, die sie nicht unberührt lassen, ein Vorgeschmack auf den avisierten Kampfeinsatz von 200 Deutschen in einer schnellen Eingreiftruppe. Schon jetzt sehen die Deutschen erbitterte Kämpfe, die sich Verbündete am Boden mit Rebellen liefern, und sie sehen das Elend der Bevölkerung, die teilweise ums nackte Überleben kämpft.

Oberst Christoph Pliet, Kommodore des Regionalkommandos Nord, spricht von einer „enormen physischen und psychischen Belastung“ in Afghanistan. Seit Beginn des Einsatzes 2002 sind in Afghanistan 26 deutsche Soldaten gestorben: 13 bei Anschlägen, durch Minen oder Waffenumfälle; acht bei

Flug- oder Autounfällen; vier starben eines natürlichen Todes, einer verübte Suizid.

Erfolge im zivilen Bereich würden den Sinn des Einsatzes noch deutlicher machen. Aber auch hier Rückschläge. Einige von den Deutschen ausgebildete Polizisten sind von den besser zahlenden Taliban abgeworben worden. Unkoordiniert bemühen sich Staat und Hilfsverbände um die einheimischen Bauern. Man zeigte ihnen, wie man Getreide statt Opium anbaut. Als sie ihre Ware nach einem mühseligen Transport dann im Süden verkaufen wollten, erlebten sie eine böse Überraschung: tonnenweise als Hilfsgut geliefertes Getreide machte die Preise kaputt. Oberst Buske denkt nicht ans Kämpfen, sondern ans Helfen: „Ich werde mein Mandat auch nutzen, um die Hilfsverbände an einen Tisch zu bekommen.“ Nur wenn es gelänge, dass weiterhin Schulen, Krankenhäuser und Brunnen gebaut werden, glaubten die Afghanen an eine bessere Zukunft.

Reform des Erbrechts

## Vernünftig

Von Stefan Geiger

Gute Politik ist oft wenig spektakulär. Deshalb wird sie auch so gerne unterschätzt. Die gestern vom Kabinett verabschiedete Reform des Erbrechts hat, anders als beispielsweise das eng verwandte Erbschaftsteuerrecht, nur wenige Menschen erregt. Das liegt auch daran, dass die Reform vernünftig und ausgewogen ist. Vor allem würdigt sie die Arbeit jener Kinder, die ihre Eltern oder auch andere Angehörige pflegen. Sie erhalten künftig jenen Teil des Erbes, der ihrer Pflegeleistung entspricht, bevor der Rest unter allen Erben aufgeteilt wird. Diese Regelung ist gerecht, sie war überfällig, und sie ist wichtig für eine Gesellschaft, die darauf angewiesen ist, dass möglichst viele Menschen von ihren Angehörigen im Alter gepflegt werden.

Die Reform macht es Menschen, die ganze Unternehmen oder auch nur ein Haus geerbt haben, leichter als bisher, ihr Erbe auch nutzen zu können. Denn sie können sich künftig mehr Zeit lassen, ihre Miterben auszuzahlen. Auch das ist gerecht, weil bisher strenge Regelungen dazu geführt haben, dass das Erbe oft zerschlagen werden musste. Ganz nebenbei nimmt diese Regelung übrigens den Befürwortern einer besonders großzügigen Regelung für Unternehmer bei der Erbschaftsteuer einen Teil ihrer Argumente. Jedenfalls in der Theorie, die realen Machtverhältnisse beim Ringen um die Erbschaftssteuerreform sind andere. Schließlich ist die Erbrechtsreform auch deshalb ausgewogen, weil das Verfassungsgericht die Politiker dazu gezwungen hat. Allen Versuchen, den Pflichtteil für den „verlorenen Sohn“ einzuschränken, hat Karlsruhe einen Riegel vorgeschoben. Eine bewährte Tradition bleibt erhalten, die wenigstens in der Familie für einen Chancenausgleich sorgt. Das ist gut.

Libanonbericht in Israel

## Wenig Alternativen

Von Sybille Oetliker

Nüchtern, aber bestimmt ist Richter Eliahu Winograd bei der Präsentation seines Libanonberichts aufgetreten. Schuldzuweisungen machte er keine, aber inhaltlich übte er scharfe Kritik an den während des Krieges Verantwortlichen. So wird der Ruf, Ehud Olmert müsse nun Verantwortung übernehmen und zurücktreten, in den kommenden Tagen wieder lauter erklingen. Wer seinen Rücktritt verlangt, wird in dem Bericht Argumente finden, um die Forderung zu bekräftigen. Genauso werden diejenigen, die mit dem unpopulären, aber standhaften Premier weiter leben wollen, Hinweise finden, die ihre Position stärken. Alle Akteure werden versuchen, den Bericht zu ihren Gunsten zu nutzen und sich zu positionieren.

Zur Debatte steht dabei nicht die politische-ethische Frage, ob es richtig war, mit einem Krieg auf die Hisbollah-Angriffe aus dem Süden des Libanon zu reagieren. Damals wie heute dürfte der überwiegende Teil der Bevölkerung die militärische Antwort unterstützt haben. Gestritten wird darüber, ob der Krieg richtig geführt wurde. Die schärfsten Gegner des Premiers werfen ihm bis heute nicht vor, dass Israel im Libanon einen blutigen Krieg führte, sondern dass Israel diesen nicht gewonnen hat. Für Olmert spricht, dass es zu ihm keine Alternative gibt. Umfragen zeigen, dass bei Wahlen wohl das rechte Lager gewinnen und der Likud von Benjamin Netanyahu stärkste Partei würde. Die in Annapolis lancierte Friedensgespräche würden in dem Fall wohl auf Eis gelegt. Selbst wenn deren Ausgang noch völlig offen ist, wäre ein vorzeitiges Scheitern der Gespräche ein hoher Preis für einen Regierungswechsel. Einer, den Linke und Liberale wohl kaum bereit sind zu zahlen – und auch nicht die USA.

UNTEN RECHTS

## Mit Tüttelchen

Von Christoph Link

Im politischen Kampf gilt es, zunächst die Propaganda des Gegners zu entlarven. So gesehen hat der SPD-Vorsitzende Kurt Beck ganz recht, wenn er die Linkspartei in jüngster Zeit nur als die „sogenannte Linke“ bezeichnet – also als einen Wahlverein, der sich links gibt, aber gar nicht links sein kann. Denn links ist aus historischen Gründen immer die SPD, die der rheinland-pfälzische Ministerpräsident heute in der sogenannten solidarischen Mitte ortet. Die echte Mitte ist bekanntlich von der CDU besetzt. Warum sich die SPD den Begriff Links nie als Untertitel hat patentieren lassen, das wäre für Politologen mal ein schöner Stoff für eine Diplomarbeit. Jedenfalls ist die verbale Distanz zu unliebsamen Phänomen ein geeignetes Mittel, sie über kurz oder lang loszuwerden. Wir erinnern an frühere Zeiten, als die Zeitungen des Springer-Verlages jahrzehntelang von der „sogenannten Deutschen Demokratischen Republik“ geschrieben haben, denn die war ja nie demokratisch, nein, die war Drüben, Sowjetzone oder SED-Staat. DDR konnte man nur mit Tüttelchen schreiben: „DDR“, und irgendwann war sie weg.

So gesehen, viel Glück und Ausdauer, Herr Beck. Nicht auszumalen wäre es, sollte es eines Tages zu einer Rot-Rot-Grünen-Koalition kommen, dann müssten SPD-Genossen mit dem sogenannten Linken – Abkürzung Sogeli – an einem Tisch sitzen, gar sprechen, was ziemlich umständlich wäre. Ein Kanzler Beck müsste sagen: „Ich erteile meinem Minister, dem sogenannten Herrn Gysi von der sogenannten Linken, das Wort.“ Viel lieber würde der aufrechte Sozialdemokrat dem sogenannten Linken wohl eine rechte Gerade verabschieden – aber das vermuten wir jetzt einfach mal so, gell?

Eine Ausstellung über die 68er lockt Schulklassen an

## Schrecken und Glanz der Rebellion

Kann man von den 68ern lernen? Dass übergeschnappte Anführer wégmüsst, auch wenn es die eigenen seien, sagt der Altlinke Peter Schneider. Dass nur extremer Protest die Gesellschaft aufrüttelt, sagt der CDU-Mann Diepgen. Eine Ausstellung widmet sich dem rebellischen Jahr.

Von Katja Bauer, Berlin

Das Amerika-Haus in Berlin kann man heute mühelos übersehen – vergessen steht der abgewetzte Nachkriegsbau mit seinen fast blinden Fenstern auf der Rückseite des Bahnhofs Zoo. Vor dem Supermarkt nebenan lungern ein paar Jungs vom Straßenstrich herum, Obdachlose trinken am frühen Vormittag ihren ersten Schnaps.

Aber wenn es einen Ort gibt, an dem sich der revolutionäre Zeitgeist des Jahres 1968 in Berlin verdichten lässt, dann war es hier. Zehn Jahre zuvor hatten die US-Amerikaner den Kultur- und Bibliotheksbau wie ein intellektuelles Care-Paket ins Zentrum des eingemauerten West-Berlin gestellt. Das Haus stand für die unverbrüchliche deutsch-amerikanische Freundschaft, und die Berliner waren den Befreier dankbar – wie immer und zu Recht. Aber eine Dekade später bekam dieses Gefühl tiefe, schmerzhaft Risse: Die rebellisch gewordene Jugend begehrte auf und machte das Amerika-Haus zu einem der wichtigsten Schauplätze für ihren Protest. Die Studenten und Kommunisten, die 1968



Demonstrant und Polizei im Jahr 1968. Foto Zint

auf dem Weg von der Alten Mensa der Technischen Universität zum Kurfürstendamm hier vorbeikamen, scherten sich nicht um Dankbarkeit. Sie verweigerten einer über-raschten Republik den üblichen Gehorsam. Hier flogen faule Eier, ertönten Sprechchöre: „Ho-Ho-Ho-Chi-Min.“ Mal ging es gegen die Rolle der USA im Vietnamkrieg oder gegen ein verkrustetes, autoritäres Bildungssystem. „Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei!“, tönt es seit gestern vor dem alten Bau aus einem Lautsprecher. Ein antiquarischer Wasserwerfer ist am Gehsteig aufgeföhren und richtet seine vergitterten Luken wie Glubschaugen auf die Passanten. Das martialische Gerät ist der makabre Willkommens-

gruß der Ausstellung „68 – Brennpunkt Berlin“, die von heute an bis zum 31. Mai im Amerika-Haus zu sehen ist. Vor allem den nachkommenden Generationen will die Bundeszentrale für politische Bildung zeigen, welche Bedeutung 1968 hatte und vielleicht noch hat. Was vor 40 Jahren auf den Straßen passierte, werde in Schulen kaum unterrichtet, sagen die Ausstellungsmacher. Das soll sich ändern. Schon jetzt haben sich viele Schulklassen für die Ausstellung angemeldet.

Sie werden mit Emotionen bombardiert: Auf großen Leinwänden werden zu Musik der Doors Filmaufnahmen gezeigt – Wasserwerfer pusten Menschen um, Blut fließt, Demonstranten setzen sich Papptöpfe mit Reza Pahlevis Konterfei auf den Kopf. Wie Reliquien sind die Requisiten der Bewegung – Mao-Bibel und Flüstertüte – in Schaukästen zu sehen, die Nacktaufnahme der Kommune eins füllt eine ganze Wand.

Aber woher kam damals die Aufregung, die Hoffnung, und wieso wurde daraus die Hysterie der Bürger und der Wahn Einzelner? Dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und dem Autor Peter Schneider sieht man heute nicht an, dass sie damals erbitterte Gegner waren. Aber beim Streitgespräch zum Auftakt der Ausstellung ist schnell ein bisschen Zunder da. Offensichtlich angegriffen davon, dass die Geschichte der 68er im vergangenen RAF-Jahr auf die terroristischen Auswüchse verengt wurde, sagt der ehemalige Wortführer Schneider: Zu rechtfertigen hätten sich

wohl eher „diejenigen, die in einer schlagenden Verbindung waren und so taten, als könnte es so weitergehen wie bisher“. Er glaubt, dass die Rebellion gegen das autoritäre Leben unter der Käseglocke der 50er Jahre, der Aufstand gegen die Prügelstrafe und gegen die Benachteiligung der Frauen, dass dies alles die Gesellschaft entscheidend verändert habe: „Ohne uns wäre heute keine Frau Kanzler.“ Diepgen dagegen spricht vom Schrecken, den ihm der Demagoge Rudi Dutschke eingehaucht habe, und vom verständlichen Entsetzen der Berliner Bürger. Die konnten – eingemauert und drangsaliert von den Schikanen der DDR, getrennt von ihren Familien und Freunden im Ostteil der Stadt – nicht verstehen, wieso die Studenten ausgerechnet in jenem anderen, repressiven deutschen Staat ein Zukunftsmodell sahen. Vor diesem Hintergrund wirbt er um Verständnis für jene Biedermänner, die die roten Fahnen der Studenten verbrannten.

Wie gefährlich der Wahn werden kann – sei es der der anderen oder der aus den eigenen Reihen – hat Schneider aus dieser Zeit gelernt. Wer die Radikalisierung als Tugend und den Kompromiss als Teufelswerk ansehe, der habe sich selbst von jeder Diskussionskultur verabschiedet. Diepgen dagegen nimmt die Erkenntnis mit, dass die Gesellschaft manchmal extreme Protestformen brauche, um Probleme überhaupt erst wahrzunehmen. Am Ende des Gesprächs steht dann, was Wunder, ein Mao-Zitat: „Rebellion ist gerechtfertigt.“